



# Freiheit für Iran

Nukleargespräche gescheitert:

**Maryam Rajavi** ruft zu wirkungsvollen UN-Sanktionen gegen das iranische Regime auf

Auf Seite 4



Nr. 287

Bulletin des Auswärtigen Ausschusses des Nationalen Widerstandsrats des Iran

2. November 2009



United Nations Assistance Mission for Iraq



## UNAMI WEITERHIN BESORGT ÜBER DIE SITUATION IM LAGER ASHRAF

26. Oktober 2009: Bei seinem jüngsten Treffen mit Vertretern des diplomatischen Korps in Bagdad äußerte der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für den Irak (SRGS), Ad Melkert, anhaltende Bedenken in bezug auf die humanitäre Situation im Lager Ashraf. Er bekräftigte die Verpflichtung der UNAMI, in dieser kritischen Periode die Ereignisse in Ashraf täglich zu überwachen.

In den letzten Jahren haben die UNAMI und der Hohe Kommissar für die Menschenrechte die Ereignisse im Camp Ashraf intensiv verfolgt; gegenwärtig prüfen sie, was sie dazu tun können, eine Resolution zu erreichen, die dem Anspruch des Irak auf Souveränität ebenso wenig widersprechen würde wie dem internationalen Recht.

Dazu haben sich die Vereinten Nationen mit allen betroffenen Seiten in Verbindung gesetzt, auch mit der Regierung des Irak, die sich erneut verpflichtet, das irakische ebenso wie das internationale Recht für das Lager Ashraf und seine Bewohner gelten zu lassen. Die UNAMI arbeitet über unterschiedliche Kanäle mit der Regierung zusammen, um sie in der



Wahrnehmung dieser Verantwortung zu unterstützen.

Das Mandat der UNAMI beinhaltet die Förderung der Menschenrechte im Irak, und ihr Menschenrechtsbüro kümmert sich regelmäßig um die Situation innerhalb und außerhalb des Lagers. Die UN treten weiterhin dafür ein, dass die Bewohner des Lagers Ashraf vor einer gewaltsamen Deportation, einer Ausweisung oder einer Rückführung, die dem Prinzip des non-refoulement widerspräche, geschützt werden.

Fortsetzung auf Seite 3

### Bei einem Treffen im britischen Parlament warnen Abgeordnete erneut vor einer gewaltsamen Umsiedlung der Bewohner von Ashraf

Mitglieder des Unter- wie des Oberhauses aus allen Parteien erhoben am 22. Oktober ihre Stimme, alarmiert durch den vom iranischen Regime auf die irakische Regierung zum Zweck einer Umsiedlung der Bewohner von Ashraf (Mitglieder der irakischen Oppositionsbewegung PMOI) ausgeübten Druck.

Seite 5



### EU besorgt über iranisches Nuklearprogramm

Seite 4

Erklärung durch die EU Präsidentschaft:  
Sorge über die Menschenrechtssituation im Iran

Seite 6

### Irakische Parteien gründen neue Koalition

Die neue Gruppe sagte, dass ihr Ziel darin besteht, den Einfluß der Nachbarn, insbesondere des Iran, auf den Irak zu beenden.

Seite 7

### Die Notlage der 36 Geiseln aus Ashraf

Seite 2



# Das Elend der 36 Geiseln aus Ashraf

## Bilder der befreiten 36 Geiseln aus Ashraf in dem irakischen „Loch“

Diese Bilder entstanden, nachdem sie zu Beginn ihrer Gefangenschaft in ein „Loch“ geworfen worden waren. Sie wurden von ihren Entführern fotografiert, die die Bilder nach Teheran schickten, um ihren Anspruch auf Belohnung zu belegen

Die 72 Tage lang dauernde Tortur der 36 Bewohner von Ashraf, Mitglieder der „Organisation der Volksmohedin des Iran“, begann in einem Gefängnis mit dem Spottnamen „das Loch“, nicht weit entfernt vom Lager Ashraf in der Diyala-Provinz im Irak.

Auf Geheiß Teherans griffen irakische Spezialeinheiten Ende Juli das Lager Ashraf an, töteten 11 Bewohner und verwundeten 500 Personen. 36 iranische Flüchtlinge wurden entführt.

Viele der Verwundeten bzw. Getöteten waren von gepanzerten Humvee-Militärfahrzeugen überfahren worden.

Die 36 Männer wurden gefoltert und mißhandelt; vielen von ihnen wurden Arme oder Beine gebrochen; andere erlitten schwere Schädelverletzungen. Einer von ihnen verlor durch die brutalen Schläge ein Auge.

Die 36 Geiseln traten aus Protest gegen ihre illegale Verhaftung und Inhaftierung in einen Hungerstreik, der 72 Tage lang dauerte (die letzten 7 Tage davon ohne Einnahme von Wasser) und forderten die Erfüllung irakischer Gerichtsurteile, die dreimal ihre sofortige Freilassung angeordnet hatten.

Nach ihrem langen Leidensweg, der sie an den Rand des Todes brachte, wurden sie endlich am 7. Oktober freigelassen und unverzüglich in dem Krankenhaus von Ashraf medizinisch betreut.

Nach den Diagnosen der Ärzte trennten 12 von ihnen bei ihrer Freilassung nur wenige Stunden vom Tod. Diese Bilder wurden am 29. bzw. 30. Juli aufgenommen und gelangten in den Besitz des iranischen Widerstandes im Iran. Sie wurden von den Geiselnehmern in den Iran geschickt, um dem iranischen Regime zeigen, dass ihre Mission vollendet war und sie mithin Anspruch auf Belohnung hatten.



## Hochrangiger UN Sonderbeauftragter besorgt über die Zustände im Lager Ashraf



26. Oktober 2009 – Der Sonderbeauftragte der UN im Irak hat seine Besorgnis über die humanitäre Situation in einem Lager nördlich von Bagdad geäußert, in dem Tausende iranische Oppositionelle leben.

Fast 3400 Mitglieder der "Organisation der Volksmujahedin des Iran (PMOI)", auch bekannt als Mujahedin-e Khalq, leben in der irakischen Diyala-Provinz im Lager Ashraf. Während seiner Gespräche mit Diplomaten in der irakischen Hauptstadt bekräftigte Ad Melkert, der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs, das Engagement der UN-Hilfsmission im Irak (UNAMI), die Situation im Camp täglich zu beobachten.

Zu Beginn des Monats begrüßten UN-Menschenrechtsmitarbeiter die Entscheidung der Regierung, die 36 gefangenen PMOI-Mitglieder freizulassen, die seit Juli inhaftiert

waren, nachdem Sicherheitskräfte mit Gewalt die Kontrolle über das Lager übernommen hatten.

Die Sicherheitskräfte übernahmen nach einer zweitägigen Operation Ende Juli die Kontrolle über das Lager Ashraf. Elf Menschen wurden dabei getötet und Dutzende verletzt.

In den letzten Jahren bemühte sich sowohl die UN-Hilfsmission als auch der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für die Menschenrechte um eine Resolution, die dem internationalen Recht genügen würde, ohne die irakische Souveränität zu verletzen. „Die UN werden auch weiterhin die Bewohner des Lagers Ashraf gegen gewaltsame Ausweisung, Deportation oder einer Rückführung, die gegen das non-refoulement-Prinzip verstoßen würde, verteidigen“, heißt es in einer heute

veröffentlichten Presseerklärung der UNAMI.

Zugleich wurden die Anführer des Lagers aufgefordert, im Blick auf die Zukunft der Bewohner des Lagers mit den irakischen Behörden zusammenzuarbeiten. Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) und andere Institutionen sind zur rechtlichen und sozialen Beratung bereit.

„Anstrengungen sind nun auf allen Seiten notwendig, um die Spannungen zu mildern und nach Lösungen zu suchen“, betonte UNAMI. „Die UN rufen die internationale Gemeinschaft zu jeder in dieser Sache möglichen Hilfe auf, darunter auch Aufnahme in Drittländer für diejenigen, die das Lager verlassen wollen.“



### UN Mission im Irak über die humanitäre Situation in Camp Ashraf besorgt

26. Oktober 2009

Die UN-Hilfsmission im Irak (UNAMI) sagt, sie sei weiterhin über die humanitäre Situation im Lager Ashraf besorgt. Das Lager Ashraf ist die Heimat einer iranischen Oppositionsgruppe.

Es befindet sich in der Diyala-Provinz nördlich von Bagdad und wurde in den 80er Jahren errichtet. Es beherbergt Mitglieder der



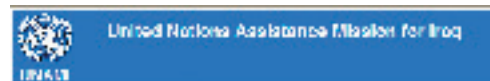
„Organisation der Volksmujahedin des Iran.

Der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für den Irak (SRGS), Ad Melkert, teilte mit, er habe bei seinen letzten Gesprächen mit Vertretern des diplomatischen Corps in Bagdad seine Sorge über die humanitäre Lage im Lager Ashraf zum Ausdruck gebracht. Er bekräftigte die Bereitschaft der Mission, die Situation des Lagers zu beobachten.

Die Iraker haben die Absicht geäußert, das Lager zu schließen, doch weckt diese Absicht Sorge um die Zukunft der dort beherbergten Iraker.

Die UN sind der Auffassung, dass die Bewohner des Lagers Ashraf vor einer gewaltsamen Deportation, einer Ausweisung oder einer Rückführung, die dem Prinzip des non-refoulement widerspräche, geschützt werden müssen.

## UNAMI weiterhin besorgt über die Situation im Lager Ashraf



Fortsetzung von Seite 1

Zugleich ist die Leitung des Lagers Ashraf aufgefordert worden, den Wünschen einzelner Bewohner, die mit den irakischen Behörden auf der Grundlage ihrer frei geäußerten Zukunftswünsche zusammenarbeiten

wollen, zu entsprechen. Der UNHCR und andere betroffene UN-Behörden sind zu jeder rechtlichen und sozialen Beratung in einer neutralen, fairen Umgebung bereit.

Jetzt werden von allen Seiten Anstrengungen erwartet, die einem Abbau der Spannungen und der

Lösung der Konflikte dienlich sind. Die UN fordert die internationale Gemeinschaft auf, dazu jede mögliche Hilfe zu leisten, dazu gehört auch die Umsiedlung in ein Drittland für diejenigen, die das Lager verlassen wollen.

## Maryam Rajavi

# ruft zu umfassenden UN-Sanktionen gegen das iranische Regime auf



**Verhandlungen können die Mullahs an der Entwicklung von Atomwaffen nicht hindern**

Maryam Rajavi, die gewählte Präsidentin des Iranischen Widerstands, sagte in einem Kommentar zu der negativen Antwort des iranischen Regimes auf den Vorschlag der Internationalen Atomenergiebehörde, der Iranische Widerstand habe diese Antwort ohne Einschränkung erwartet und in der Vergangenheit auch wiederholt darauf hingewiesen.

Sie erklärte, dass Khamenei und Ahmadinejad angesichts der zunehmenden öffentlichen Kritik, der landesweiten Proteste und der Unfähigkeit des Regimes, die Risse in eigenen Lager und die internen Krisen zu überwinden, die Atombombe als sein einziges Überlebensmittel ansehen. Deshalb würden die Mullahs das Atomprojekt niemals aufgeben, auch wenn sie damit die Auflösung und den Niedergang des Regimes beförderten.

“Die jüngsten Entwicklungen lassen keinen Zweifel daran, dass die Atomprojekte des iranischen Regimes nur darauf ausgerichtet sind, Atomwaffen zu entwickeln und dass die Behauptung einer friedlichen Nutzung zu technischen und medizinischen Zwecken nur ein Vorwand ist, um dieses Ziel zu erreichen”, fügte sie hinzu.

Frau Rajavi forderte den Sicherheitsrat der Vereinten

Nationen zu Sanktionen gegen das Regime auf dem Gebiet der Diplomatie, der Technik, der Rüstung und des Ölhandels auf. Sie machte klar, dass diese Sanktionen als erster Schritt zu einer Verhinderung des Erwerbs von Atomwaffen seitens der terroristischen Mullahs verhängt werden sollten.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat das iranische Regime seine nuklearen Projekte geheimgehalten und die internationale Gemeinschaft hintergangen. Hoffnungen auf Verhandlungen mit diesem Regime sind Teil einer jämmerlichen Beschwichtigungspolitik, welche die im Iran herrschenden Terroristen nur näher an die Atombombe und den Mittleren Osten und die gesamte Welt an den Abgrund eines Weltkrieges geführt hat. Auf die schriftliche Antwort der Mullahs zu warten, gleiche der Jagd nach einer Fata Morgana. Für dieses Regime, das bis heute für die von ihm ausgeübte barbarische Unterdrückung, die systematische Verletzung der Menschenrechte, den Export des Terrorismus und seine illegalen Atomprojekte von der internationalen Gemeinschaft mit zunehmenden Konzessionen belohnt wurde, bedeuten Verhandlungen nur einen Gewinn von Zeit zur Vollendung seines Atomwaffenprogramms.

## Ahmadinejad: Der Iran wird sein Recht auf Nutzung der nuklearen Energie nicht aufgeben

17. Oktober TEHERAN (Reuters) – Der Iran werde nicht „einen Deut“ von seinen Rechten auf die Nutzung nuklearer Energie abrücken, sei jedoch bereit zur Kooperation in Sachen atomare Brennstoffe, Atomanlagen und Nukleartechnologie, sagte Präsident Mahmoud Ahmadinejad am Donnerstag. Er sagte, die Bereitstellung von Brennstoff für einen Forschungsreaktor in Teheran sei eine gute Gelegenheit für den Iran gewesen, den westlichen Nationen und der UN Atomenergiebehörde die „Aufrichtigkeit“ des Iran zu zeigen.



## Eine Diskussion im Senat billigt Sanktion gegen Erdölhandel mit dem Iran

29. Oktober (Bloomberg) – Der Bankausschuss des US Senats votierte heute für weitere Handelssanktionen gegen den Iran im Hinblick auf Firmen, die dem Land raffinierte Erdölprodukte liefern.

## Iran lehnt UN-Urananreicherungs-vorschlag ab

TEHERAN, Iran (Agenturen) – Der Iran lehnte am Freitag einen von den UN entworfenen Plan ab, demzufolge das meiste iranische Uran ins Ausland zur weiteren Anreicherung exportiert werden sollte. Statt dessen würde er eine Lösung bevorzugen, die dahin ginge, daß Nuklearbrennstoffe für einen Reaktor gekauft würden, der medizinische Isotope herstellt.

Die Antwort wurde von den USA, Rußland und Frankreich mit Enttäuschung aufgenommen, den Ländern, die den UN-Plan am Freitag unterstützt und dem Iran für weitere Verhandlungen zu Beginn der Woche übergeben hatten. Der Vorschlag wurde eingereicht, um der Sorge des Westens über den Bau von Atomwaffen im Iran entgegenzuwirken.

Obwohl der Iran den Plan nicht in Gänze ablehnte, sagte das staatliche Fernsehen, dass Teheran eine Antwort auf seinen eigenen Vorschlag erwarte, seinen Atombrennstoff selbst zu kaufen, statt ihn zu weiterer Anreicherung nach Rußland zu schicken. Der Iran hat schon oft Gegenangebote gemacht, um den Nuklearverhandlungen mit dem Westen auszuweichen.



REUTERS – Satellitenfotos am 27. September 2009 von einer vermutlichen Urananreicherungsanlage in Qom wurden am 28. September 2009 von Digital Globe veröffentlicht. Geheimdienste gehen davon aus, dass es vielleicht noch 18 Monate dauern wird, bis der Iran in der Lage ist, eine Atombombe zu bauen.

## Bei einem Treffen im britischen Parlament: Politiker warnen erneut vor einer gewaltsamen Umsiedlung der Bewohner von Ashraf



Parlamentarier aller Parteien brachten am 22. Oktober alarmiert ihre Sorge über den anhaltenden Druck zum Ausdruck, den das iranische Regime auf die irakische Regierung ausübt, um eine Umsiedlung der Bewohner des Lagers Ashraf, die der iranischen Oppositionsbewegung (PMOI) angehören, durchzusetzen.

Lord Corbett of Castle Vale, der Vorsitzende des Komitees für einen freien Iran im britischen Parlament, sagte während einer Podiumsdiskussion: „Das iranische Regime ist entschlossen, Ashraf dem Erdboden gleich zu machen. Doch wir sind noch entschlossener, es zu verhindern.“

Andrew Mc Kinlay, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, sagte, Großbritannien und die USA müßten verhindern, daß die irakische Regierung den Forderungen des Regimes Folge leistet. „Wenn die Mitglieder der irakischen Regierung dumm und rücksichtslos genug sind, ihre Drohungen wahr zu machen, dann wird es in der ganzen Welt

**Lord Corbett of Castle Vale:**

**„Das iranische Regime ist entschlossen, Ashraf dem Erdboden gleich zu machen. Doch wir sind entschlossener, dies zu verhindern.“**

bedeutende Reaktionen geben.“

Zwei der Bewohner des Lagers Ashraf, die zu den 36 Geiseln gehörten, die 72 Tage trotz dreier Gerichtsurteile in Haft saßen, sprachen von Ashraf aus telefonisch zu der parlamentarischen Versammlung und äußerten ihren Dank für die Bemühungen des aus allen Parteien gebildeten „Komitees für die Freiheit des Iran“ um ihre Freilassung. Der prominente Menschenrechtsanwalt Sir Geoffrey Bindman sagte, eine Resolution des EU Parlamentes vom 24. April 2008 fordere den Irak auf, „seine Blockade zu beenden und den rechtlichen Status der Bewohner des Lagers Ashraf als ‘geschützter Personen’ im Sinne der Genfer Konventionen anzuerkennen.“ Die Resolution des EU Parlaments ruft die irakischen Behörden auf, „das Leben und die physische und moralische Integrität der Bewohner von Ashraf zu schützen und sie im Sinne der durch die Genfer Konventionen festgelegten Verpflichtungen

zu behandeln, die eine gewaltsame Deportation, Ausweisung oder Umsiedlung nach dem Prinzip des non-refoulement verbieten.“

„Es gibt im internationalen Recht keine Grundlage für eine Umsiedlung dieser Menschen, und die Anwendung von physischer Gewalt ist ein Skandal, wegen dessen die britische Regierung nach internationalem Recht verpflichtet ist, alles zu unternehmen, damit die Täter zur Rechenschaft gezogen werden und die Sicherheit der Bewohner in Zukunft gewährleistet wird“, sagte Bindman und ergänzte: „Jede Umsiedlung der Bewohner von Ashraf wäre ungesetzlich. Die USA haben immer noch Truppen im Irak und sollten die von ihnen gegebene Garantie substantiieren. Der Irak muss die Resolution des EU-Parlamentes vom 24. April 2009 erfüllen. Die UN tragen hier eine zentrale Verantwortung.“

Der frühere Generalstaatsanwalt Lord Archer of Sandwell QC, der frühere „Anwalt für Schottland“, Lord Fraser of Carmyllie QC, Lord Lea, der stellvertretende Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei Lord Dholakia, die Baronin Verma, Lord Cotter, die Baronin Gibson of Market Rasen, Lord Clarke of Hampstead und Mark Williams, Mitglied des Unterhauses, kündigten an, daß sie die Rechte der Bewohner von Ashraf weiterhin unterstützen werden, insbesondere die Rechte, die sich aus dem Prinzip des non-refoulement ergeben, das die gewaltsame

**Sir Geoffrey Bindman:**

**„Jede Umsiedlung der Bewohner von Ashraf ist ungesetzlich. Die USA sollten die von ihnen ausgesprochene Garantie substantiieren. Der Irak muss die Resolution des EU Parlamentes vom 24. April 2009 erfüllen.“**

Umsiedlung im Irak verbietet.

Dowlat Nowrouzi, die Vertreterin des Nationalen Widerstandsrates des Iran in Großbritannien sagte, die irakischen Behörden hätten zu Beginn des Jahres mit allen Bewohnern von Ashraf in Anwesenheit von US-Vertretern außerhalb des Lagers Interviews durchgeführt, in denen die Bewohner deutlich machten, dass Ashraf ihre Heimat sei und ihre gewaltsame Umsiedlung illegal wäre.

# Erklärung der EU-Präsidentschaft über die Menschenrechtssituation im Iran

23. Oktober 2009

- Die EU verfolgt intensiv die Entwicklungen im Iran nach den Präsidentschaftswahlen am 12. Juni
- Die EU ist sehr besorgt über die andauernde Inhaftierung von Journalisten, Menschenrechtsverteidigern und politisch Aktiven nach den Wahlen im Iran.
- Die EU verurteilt alle Todesurteile, nicht nur die aus politischen Gründen erfolgten.
- Die EU ist auch über die erhebliche Zunahme der Todesurteile im Iran besorgt und erinnert an ihre langjährige Ablehnung der Todesstrafe unter allen Umständen.

## Entschiedenheit ist die einzige Sprache, die die Mullahs verstehen

Montag, 26. Oktober 2009

Struan Stevenson, ein schottisches Mitglied des EU-Parlaments verurteilte die jüngsten Hinrichtungen im Iran und kritisierte die EU-Politik gegenüber dem iranischen Regime. Er rief zu härteren Sanktionen auf.

Stevenson sprach am Donnerstag vor der Abstimmung über EU-Resolution bezüglich der Menschenrechtssituation und sagte dabei: „Entschiedenheit ist die einzige Sprache, die diese Mullahs verstehen.“



Struan Stevenson

## Polnisches Mitglied des Europäischen Parlaments besorgt über das Lager Ashraf im Irak

Ryszard Czarnecki, polnisches Mitglied des Europäischen Parlaments, zeigte sich besorgt über die Menschenrechtssituation im Iran, besonders die der Mitglieder der iranischen Oppositionsgruppe "Organisation der Volksmujahedin des Iran (PMOI/MEK)" im Lager Ashraf, Irak.

Ryszard Czarnecki sprach am 22. Oktober vor der Abstimmung im EU -Parlament zur Verabschiedung einer Resolution über die Menschenrechtssituation im Iran und rief den Irak auf, die EU-Resolution vom 24. April 2009 über das Lager Ashraf umzusetzen.



Ryszard Czarnecki

## Amnesty International: Kriminalisierung der Meinungsfreiheit im Iran



Freitag, 30. Oktober 2009

Amnesty International (AI) rief Ali Khamenei, den Höchsten Führer des iranischen Regimes, auf, „sofort eine Erklärung vom Mittwoch zu widerrufen, in dem die Kritik an den Präsidentschaftswahlen vom Juli als Verbrechen bezeichnet wird.“ Die Erklärung von Khamenei wurde im staatlichen Fernsehen verlesen.

„Die Erklärung des Ayatollahs

kriminalisiert den rechtmäßigen friedlichen Protest und die Unzufriedenheit mit dem politischen Prozeß“, sagte Malcolm Smart, der Direktor der Sektion Mittlerer Osten und Nordafrika von AI.

„Im Umgang mit den Auswirkungen der Wahlen reihen die iranischen Machthaber weiterhin eine Verletzung der fundamentalen Menschenrechte an die andere. Sie versuchen, ihrem eigenen Volk einen Maulkorb anzulegen und es zum Schweigen zu bringen.“

„Jeder, der in Haft gehalten wird, nur weil er seine Meinung über die Wahlen friedlich kundgetan hat, sollte sofort und bedingungslos freigelassen werden; alle Inhaftierten sollten vor Folter und anderen Mißhandlungen geschützt werden“, sagte Smart.

## Der Magistrat von Rom verabschiedet eine Resolution zur Unterstützung der Bewohner von Ashraf



Donnerstag, den 29. Oktober 2009

Der Magistrat von Rom ruft den Gouverneur auf, bei der italienischen Regierung, dem Außenministerium und dem Präsidenten vorstellig zu werden, damit sie sich für einen verlässlichen Schutz und die Rechte der Bewohner von Ashraf sowie die Verhinderung ihrer Umsiedlung von ihrem gegenwärtigen Standort einsetzen.

Am 28. Juli 2009 griffen irakische Einheiten gewaltsam 3.500 unbewaffnete iranische Bewohner in Ashraf, darunter 1.000 Frauen, an. Im juristischen Sinn gelten

die Bewohner von Ashraf als "geschützte Personen" im Sinne der vierten Genfer Konvention. Der Angriff hinterließ 11 Todesopfer und mehr als 500 Verletzte; viele von ihnen sind in kritischem Zustand. Der Angriff wurde vom iranischen Regime angeordnet, das nach der brutalen Unterdrückung des Aufstands im Iran nun seinen Terrorismus in den Irak exportiert, um den iranischen Widerstand mit Hilfe der irakischen Regierung zum Schweigen zu bringen.

Der Magistrat von Rom verabschiedete eine Resolution, in der er den Gouverneur von Rom aufruft, bei der italienischen Regierung, dem Außenminister Franco Frattini, dem italienischen Präsidenten und dem Statthalter von Lazio vorstellig zu werden, damit sie sich für den Schutz, die Sicherheit und die Rechte der Ashrafbewohner einsetzen und ihre Umsiedlung von ihrem jetzigen Standort verhindert wird – die eindeutig ihre Menschenrechte und die vierte Genfer Konvention verletzen würde. Des weiteren sollen sie daran arbeiten, daß ein Beobachterteam der UN zur Fortführung des Schutzes und der Sicherheit der Bewohner von Ashraf gebildet wird. Außerdem sollen sie für eine breite Medienberichterstattung sorgen, um die Situation in Ashraf der Öffentlichkeit deutlich zu machen.

# Irakische Parteien gründen neue Koalition

**Die neue Gruppe sagt, dass ihr Ziel darin besteht, ein politisches Umfeld zu etablieren, welche das Sektierertum beendet, bessere Institutionen entstehen läßt und den Einfluß von Nachbarstaaten, insbesondere des Iran, beendet.**

Al Jazeera TV 31. Oktober 2009

Zwei führende politische Blöcke im Irak haben ihre Kräfte im Hinblick auf die Parlamentswahlen im Januar zusammengeschlossen.

Die große "Shia-Nationale Einigkeitsbewegung" und die sunnitische "Nationale Dialogfront" erklärten am Samstag, dass sie nun die neue "irakische Nationalbewegung" gründen werden.

Die neue Gruppe sagte, ihr Ziel sei es, ein politisches Umfeld zu schaffen, in dem es kein Sektierertum mehr gäbe, bessere Institutionen entstehen und der Einfluß der Nachbarstaaten – insbesondere des Iran – beendet wird.

Sie sagten auch, dass ein wichtiger Bereich der neuen Koalition der Aufbau der bewaffneten Streitkräfte als Teil der Umsetzung der Gesetze sein soll.

Iyad Allawi, der frühere irakische Premierminister, ist der Generalsekretär der Nationalen Einheitsbewegung.

Jasim Azawi, der Al-Jazeera's „Inside Iran“ leitet, sagte: „Das ist eine wichtige, aber keine zentrale Neuigkeit. Die Allianz bahnte sich schon vor einigen Wochen an. Die Frage ist, ob es nicht ein wenig zu spät ist und ich glaube nicht, dass sie in der Lage sind, den entscheidenden Impuls zu setzen, um al-Maliki abzulösen, der in den Provinzwahlen zu Beginn des Jahres gute Ergebnisse hatte. Es sollte beabsichtigt werden, ihn abzulösen.“

Azawi sagte, dass die Koalition den irakischen Nationalstolz anspricht.

„Sie versuchen Liberale und Anhänger der Trennung von Kirche und Staat anzusprechen und vor allem die bisher nicht vertretenden irakischen Ba'athtisten.“

Die Wahl im Irak ist für den 16. Januar angesetzt, doch es gibt wachsende Besorgnis darüber, dass die Wahl aufgrund der Verzögerungen zur Verabschiedung eines reformierten Wahlgesetzes verschoben werden könnte



Die neue irakische Nationalbewegung will das Sektierertum im Irak beenden (AFP)

## Irakischer Vize Premierminister schließt sich mit Ex-Premierminister zu neuem Block zusammen

BAGDAD (AFP) – Der irakische Vizepräsident Tareq al-Hashemi schließt sich mit dem Ex-Premierminister Iyad Allawi zusammen und gründet einen neuen politischen Block, um gemeinsam bei den Parlamentswahlen im Januar anzutreten, hieß es am Mittwoch.

„Vize Präsident Tareq al-Hashemi hat beschlossen, eine Koalition mit Iyad Allawi und Saleh al-Mutlak einzugehen“, sagte Saifaldin Abdul Rahman gegenüber AFP.

Die Gründung der irakischen Nationalbewegung (INM) wurde von Allawis Nationaler Einigkeitsbewegung und Mutlak's Nationaler Dialogfront bestätigt.



## Papst fordert Iran auf, die religiöse Freiheit zu fördern

29. Oktober 2009

Washington (Washington TV) – Papst Benedikt XVI rief den Iran am Donnerstag auf, größere religiöse Freiheiten für die kleine katholische Gemeinschaft im Iran zu erlauben. Er bemerkte gegenüber dem neuen Botschafter des Irans im Vatikan, dass die islamische Republik die Situation aller christlichen Minderheiten verbessern sollte, damit sie besser in die Gesellschaft integriert sind, berichtet AP.



## Landesweiter Aufstand

### Die Arbeiter in Ahvaz demonstrieren weiter

Arbeiter der Pfeifenfabrik in Ahvaz demonstrieren den siebenten Tag in Folge (seit Montag) vor dem Büro des Gouverneurs, um gegen die Verweigerung der Zahlung von Löhnen und Boni während der letzten 10 Monate zu protestieren.

Die Demonstranten riefen: „Es ist unser Recht, im Iran zu leben“, „Staatsstreichgouverneur, tritt zurück“, „Tod oder Gerechtigkeit“, „Mit Gottes Hilfe ist unser Sieg nahe“, „Tod der hinterlistigen Regierung“ und: „Wir werden uns nicht mehr erniedrigen lassen“. Bürger aus Ahvaz schlossen sich den Protesten der Arbeiter an.

Aus Angst vor einer Ausweitung der Proteste griffen Agenten der Repression die Arbeiter an, schlugen sie brutal und trieben sie auseinander.

Der Gouverneur von Ahvaz und der Chef der Fabrik haben die legitimen Forderungen der Arbeiter abgelehnt. Jetzt sind sie nicht mehr in der Lage, die Grundversorgung ihrer Familie zu gewährleisten.

Der iranische Widerstand ruft alle internationalen Gewerkschaften auf, die arbeitsfeindlichen Maßnahmen im Iran, die unter dem klerikalen Regime im Iran vorherrschen, zu verurteilen und die Forderungen der Arbeiter zu unterstützen.

## Studenten in Teheran rufen „Tod dem Diktator“

Studenten der Khaje-Nasi-Toosi-Universität für Technologie in Teheran versammelten sich am Mittwoch am zweiten Tag hintereinander, um ihre Solidarität mit den Studenten anderer Universitäten des Landes zu zeigen und um gegen die Unterdrückung von politischen und studentischen Aktivitäten im Iran zu protestieren.

Die Studenten in der Kantine der Universität äußerten ihren Zorn und ihren Haß gegen das Regime durch Rufewie, „Tod dem Diktator“, „Staatsstreichregierung, tritt zurück!“ und „Gott ist groß“.

### Fünf Wochen Studenten- proteste an der Freien Universität von Teheran

27. Oktober 2009 - Fast 2000 Studenten veranstalteten heute eine Demonstration in der Freien Universität Teherans (dem südlichen Flügel) gegen repressive Maßnahmen des klerikalen Regimes. Es war die fünfte Demonstration innerhalb von fünf Wochen des Protestes. Die Studenten, die sich außerhalb der Technischen Fakultät versammelt hatten, riefen „Tod dem Diktator“ und brandmarkten harte Urteile gegen 17 Studentendeszentralen Flügels sowie ihre Relegation von der Universität. Um die Aktivisten einzuschüchtern und zu identifizieren, wurde die Versammlung von den repressiven Kräften gefilmt.

### STUDENTEN AN DER TEHERANER ALLAMEH UNIVERSITÄT DEMONSTRIEREN

Am Sonntag, den 25. Oktober 2009, demonstrierten Hunderte von Studenten der Allameh Tabataba'i Universität in Teheran für relegierte Studenten. Die demonstrierenden Studenten riefen Slogans wie: „Tod dem Diktator“ und „Solange Ahmadinejad an der Macht ist, wird sich nichts ändern“.

Mehr als 70 Studenten begannen den Protest, und die Menge der Demonstranten wuchs sofort an. Als Bewohner der umgebenden



Freie Universität Teheran, 27. Oktober 2009



Unterstützung für die Allameh Studenten – 25. Oktober 2009

Häuser die rufenden Studenten hörten, schlossen sie sich der Demonstration an und riefen mit ihnen regime-kritische Parolen.

Paramilitärische Bassij-Einheiten und Agenten aus dem „Sicherheitsbüro“ (einem Organ des Geheimdienst-Ministeriums auf dem Campus) griffen die Studenten an und verletzten einige von ihnen. Ein Student wurde verhaftet.

Die unterdrückenden Einheiten des Regimes sperrten die Straßen um den Campus ab,

damit weitere Personen an den Studentenprotesten nicht teilnehmen konnten.

### Iran: Studentenproteste an der Yasuj Universität

Ca. 500 Studenten der Yasuj-Universität in der südwestiranischen Stadt Yasuj hielten eine Demonstration gegen die Regierung ab und riefen „Studenten werden sterben, aber sich nicht erniedrigen lassen.“

Die Behörden der Universität führten in der letzten Woche nach Geschlechtern getrennte Busse ein, doch die Studenten protestieren gegen diese Neuerung des Regimes.



Studenten der  
Yasuj Universität  
26. Oktober 2009